

Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne

Donnerstag (Nachmittag), 3. Dezember 2020 / Jeudi après-midi, 3 décembre 2020

Direktion für Inneres und Justiz / Direction de l'intérieur et de la justice

90 2020.RRGR.276 Motion 206-2020 Lanz (Thun, SVP)
Konjunkturelle Impulse ohne Mehrkosten
Richtlinienmotion

90 2020.RRGR.276 Motion 206-2020, Lanz (Thun, UDC)
Impulsions conjoncturelles sans surcoûts
Motion ayant valeur de directive

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 90, einer Richtlinienmotion von Grossrat Lanz, «Konjunkturelle Impulse ohne Mehrkosten». Die Regierung ist bereit, diesen Vorstoss anzunehmen, will ihn aber gleichzeitig abschreiben. Die Abschreibung ist bestritten. Wir sind in der reduzierten Debatte. Ich gebe das Wort dem Motionär. Das Mikrofon ist für Sie offen.

Raphael Lanz, Thun (SVP). Wir wissen, dass die wirtschaftliche Situation momentan sehr schwierig ist und dass es notwendig ist, dass einerseits die Wirtschaft und die öffentliche Hand und andererseits der Kanton und die Gemeinden gut zusammenarbeiten. Es gibt in vielen Gemeinden viele Entwicklungsvorhaben. Wenn es gelingt, dass wir diese möglichst rasch umsetzen können, wird es die dringend notwendigen, konjunkturellen Impulse bringen. Das ist die Begründung dieses Vorstosses.

Ich bin sehr froh und bedanke mich beim Regierungsrat dafür, dass man diese Argumentation teilt. Ich bin auch sehr froh um die Anstrengungen – und möchte es auch ausdrücklich würdigen –, dass man auch in den gerade doch schwierigen Planerlassverfahren, in denen derart viele Interessen gegeneinander abzuwägen sind, innovative Lösungen suchen möchte, damit man dort etwas schneller vorwärtskommt. Hier sind wir also auf dem richtigen Weg.

Wenn wir hier noch eine Differenz haben, so ist es einfach nur bei der Abschreibung: Ich möchte Ihnen beliebt machen, es noch nicht abzuschreiben. Ich sage: Die Antwort ist gut, der eingeschlagene Weg ist aus meiner Optik richtig, aber ich würde gerne noch einige Praxisauswirkungen und den Tatbeweis dafür sehen, dass wir uns wirklich zusammen verbessern können, bevor man diese Abschreibung befürwortet. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Regierungsrat zu folgen und den Vorstoss als Motion anzunehmen, dann aber die Abschreibung abzulehnen.

Präsident. Dann schauen wir, was die Fraktionen dazu meinen. Der Erste ist Grossrat Reto Müller für die SP-JUSO-PSA-Fraktion.

Reto Müller, Langenthal (SP). Ich bin negativ ... (*Grossrat Müller bezieht sich auf den am Mittag freiwillig durchgeführten Corona-Test. / Le député Müller fait référence au test de diagnostic du COVID effectué à midi sur une base facultative.*) ... und die SP-JUSO-PSA-Fraktion auch. Wir haben relativ lange über diesen Vorstoss debattiert. Der Vorstoss ist sympathisch. Man kann fast nichts dagegen haben, dass man hier – gerade in dieser schwierigen Zeit – Impulse setzen möchte. Der Vorstoss ist nett geschrieben, und die Antwort ist sogar noch netter. Also scheint alles klar: Annehmen und abschreiben. Das tut keinem weh.

Jetzt haben wir aber gehört, dass der Motionär die Abschreibung bestreitet. Ich möchte noch begründen, warum die SP-JUSO-PSA-Fraktion – oder zumindest ihre Mehrheit – beschlossen hat, diesen Vorstoss abzulehnen. Es sind relativ simple Gründe, und ich gebe es zu, dass sie teilweise auch auf Vorurteilen beruhen. Aber das darf es hier in der Halle manchmal auch, denn wir sind ein Parlament. Der Erstunterzeichner, der geschätzte Kollege Raphael Lanz, hat jetzt schon in mehreren Vorstössen immer wieder und gebetsmühlenartig versucht, unter Zuhilfenahme verschiedenster Begründungen – heute kommt die Coronapandemie dafür gerade recht –, die Prozesse zu beschleunigen – wogegen man nichts haben kann – oder gar zum aktiven Wegschauen oder zu ge-

ringeren Prüfung der Prozesse durch die kantonalen Organe aufzurufen.

Hier möchte die SP-JUSO-PSA-Fraktion einfach warnen. Wir wollen keine Ungleichbehandlung und keine künftigen Bausünden dadurch begründen, dass man hier zugunsten von Impulsen für die Konjunktur für einmal halt etwas weniger genau hingeschaut, weniger geprüft hat oder man die Gemeinde stärker prüfen liess. Natürlich steht das, was ich jetzt hier beschreibe, nicht so direkt in diesem Vorstoss, denn das wäre nicht rechtens. Was aber bewirkt dieser Vorstoss, wenn nicht letztlich das soeben Beschriebene hier verstanden und gewollt werden kann? Überhaupt gar nichts.

So komme ich zum Schluss unserer Vermutung, dass insgeheim eben doch noch eine sogenannte «hidden agenda» vorhanden ist, die zu Rechtsungleichheiten führen könnte, wenn man anfangen würde, nicht mehr gleich gut, nicht mehr gleich genau oder nicht mehr mit den gleichen Massstäben zu prüfen. Richtlinienmotion hin oder her, eine Weisung des Regierungsrates, die man hier will, hin oder her – wir sind aus den erwähnten und aus der Erfahrung abgeleiteten Vorurteilen offen und ehrlich mehrheitlich dagegen.

Beat Bösiger, Niederbipp (SVP). Konjunkturelle Impulse ohne Mehrkosten. Dass der Regierungsrat die Verwaltung anweisen soll, sämtliche Verfahren, in denen der Kanton eine Rolle als Fach-, Bewilligungs-, Genehmigungs- oder Rechtsmittelbehörde die Gemeindeautonomie höher gewichten, die Überprüfungen minimieren und die Verfahrensdauer wesentlich verkürzen soll, ist ganz klar in unserem Interesse. Wir brauchen gerade jetzt konjunkturelle Impulse, da das Coronavirus unsere Gesellschaft und insbesondere die Wirtschaft enorm schwächt.

Viele Projekte wurden wegen der unsicheren Situation zurückgestellt, aber es gibt auch viele Firmen – und die gibt es wirklich –, die jetzt investieren, Bauvorhaben realisieren, Arbeitsplätze sichern und somit auch künftige Steuereinnahmen generieren wollen. Der Kanton muss jetzt schnell handeln, die entsprechenden Ämter müssen unbürokratisch zusammenarbeiten, im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mit den Gemeinden Verfahren verkürzen und rasch bewilligen.

Der Regierungsrat bekräftigt in seiner Antwort, dass er das Begehren der Motionäre grundsätzlich unterstützen will. Wie gesagt, ist dies ganz in unserem Sinn. Hier sind wir uns einig. Was wir bestreiten, ist die Abschreibung. Die SVP unterstützt diese Motion einstimmig. Die Abschreibung lehnen wir ab.

André Roggli, Rüschegg Heubach (BDP). Die BDP-Fraktion unterstützt die Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse im Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren. Es ist uns ein Anliegen, dass es zügig vorwärtsgeht. In diesem Sinne haben Sie hier unsere Unterstützung für diese Motion. Wir unterstützen auch die Idee, dass die Gemeindeautonomie höher gewichtet und gefördert werden soll. Die Gemeinden sind schliesslich diejenigen, die den Puls am besten spüren. Wir sind der Meinung, dass die kantonalen Behörden mit wenigen Ausnahmen bereits heute effizient, unbürokratisch und flexibel handeln.

Natürlich ist es so, dass nicht in allen Bereichen alles zum Besten steht. In diesem Sinne soll es auch eine Daueraufgabe der Regierung sein, dass man in den einzelnen Direktionen geeignete Sensibilisierungsmassnahmen umsetzt und dranbleibt, bei diesen Vereinfachungsprozessen immer wieder einen Schritt weiter zu kommen.

Die BDP-Fraktion unterstützt die Annahme der Motion einstimmig und die Abschreibung grossmehrheitlich.

Präsident. Für die EVP-Fraktion hat das Wort – vielleicht eines der letzten Male – Grossrätin Christine Schnegg.

Christine Schnegg, Lyss (EVP). Das Anliegen der Motionäre rennt bei der EVP-Fraktion offene Türen ein. Die genannten Verzögerungen, in denen der Kanton Fach-, Bewilligungs-, Genehmigungs- oder Rechtsmittelbehörde ist – aus welchen Gründen die Verzögerungen auch immer erfolgen –, sind uns auch bekannt. Wir kennen ebenfalls Beispiele aus unseren Gemeinden oder aus unserem Umfeld, in denen diese Verzögerungen sogar bis zum Abspringen von Bauherren sorgen, sich weil diese einfach nicht länger gedulden können. Selbstverständlich sind wir nicht der Meinung, dass auf dem Weg zu mehr Effizienz Gesetze und Kontrollmechanismen auszuhebeln seien, aber wie es die Antwort des Regierungsrates selbst nennt, braucht es gerade in der momentanen Situation mehr denn je ein unbürokratisches, effizientes, schnelles und flexibles Handeln der kantonalen Behörden. Bei der Vorprüfung und Genehmigung für kommunale Pläne wurde bereits ein Instrument für die Straffung geschaffen, was wir von der EVP-Fraktion auch würdigen.

Der Regierungsrat stellt auch im Sinne der Motion und damit auch im Sinne der EVP in Aussicht, die kantonalen Verwaltungsstellen für das Anliegen dieser Motion zu sensibilisieren, wo es gesetzlich möglich ist und es für die Effizienzsteigerung noch Luft nach oben gibt. Weil wir aber zu den neuen und den angedachten Massnahmen noch keine Resultate kennen, zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wissen, ob sich diese dann auch wirklich bewähren und weil wir auch noch nicht wissen, ob es allenfalls mehr Massnahmen braucht, ist auch die EVP-Fraktion nicht bereit, diese Motion jetzt schon abzuschreiben. Darum plädieren wir dafür, sie anzunehmen ohne sie abzuschreiben. Wie es der Ratspräsident sagte, ist dies voraussichtlich mein letztes Votum. Auf diesem Weg verabschiede ich mich von allen. Ich danke Ihnen für Ihre Freundschaft, für die Zusammenarbeit und wünsche Ihnen allen alles Gute für die weitere Arbeit an guten Rahmenbedingungen in diesem Kanton.

Präsident. So schnell geht das nicht, Christine. Da schauen wir am Ende dann noch. Das Wort geht weiter an Carlos Reinhard für die FDP-Fraktion.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Die FDP ist ja Mitmotionärin mit einer Vertretung und unterstützt dieses Vorhaben natürlich. Nicht nur in der jetzigen Krisensituation wegen Corona oder auch wegen des CO₂, sondern generell. Vielleicht wäre es auch einmal gut, bei gewissen Auflagen ein bisschen zu entstauben. Wenn irgendetwas passiert ist, ändert man vielleicht etwas, integriert vielleicht etwas in eine Verordnung und macht dies vielleicht aufwändiger und muss dann vielleicht nach 20 Jahren einmal überprüfen, ob eine Auflage, die man vor 20 Jahren eingeführt hat, immer noch richtig ist oder nicht. Die FDP bestreitet die Abschreibung auch.

Noch etwas zu Reto Müller: Heute bin ich wieder einmal froh, dass Raphael Lanz als mein Vertreter der Stadt, in der ich wohne, gesprochen hat, und dass er bemüht ist, in seiner Verwaltung und in seinen Direktionen für eine Vereinfachung zu arbeiten. Ich hörte auch schon die Vögel pfeifen, Langenthal gehöre nicht zu den Baubehörden, die sehr schnell arbeiten. Darum bin ich froh, dass in meiner Stadt Raphael Lanz bei den Behörden arbeitet und nicht du. (*Heiterkeit/Hilarité*)

Präsident. Ich weiss nicht, ob er sich persönlich angegriffen fühlt. Ich glaube nicht. Der Fraktions-sprecher für die Grünen-Fraktion ist Grossrat Christoph Grupp.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Nach diesem persönlichen Geplänkel werde ich jetzt aber gleichwohl noch einmal die Lanze brechen – aber nicht für den Lanz, sondern für den Müller. Die Grünen sehen es sehr ähnlich, wie es Reto Müller hier geschildert hat. Wir gehen in die gleiche Richtung. Das Stichwort ist «weniger Bürokratie»: Entweder drückt man die Augen zu, damit es etwas einfacher oder schneller gehen kann. Es stellt sich dann die Frage, ob es noch seriös ist und vor allem entsteht auch das Problem, dass es dann von Gemeinde zu Gemeinde Unterschiede gibt. Wenn man es in der einen Gemeinde bringt, dann kommt es vielleicht durch und in der anderen Gemeinde ist es dann komplizierter, weil dort jemand genauer hinschaut. Das gibt Rechtsungleichheiten und ist auch eine eher schwierige Situation. Daher ist das ein bisschen das Problem, wenn man die Bürokratie so abbaut. Ich glaube, das andere – das auch die Regierung aufnimmt, und jetzt sagt, man wolle noch mal draufschauen – könnte sie auch machen, ohne dass man es aufrechterhalten würde. In diesem Sinne: Es ist erkannt, dass man diese Verfahren möglichst effizient durchführen kann. Wir versuchen alle, das Möglichste zu machen – ob mit Corona oder ohne. Ich glaube, es ist letztlich auch im Interesse der Verwaltung auf allen Stufen.

Darum sagen wir Grünen, dass die Motion für uns eigentlich nicht relevant ist. Wir gehen davon aus, dass dies ohnehin schon passiert. Für die Motion sind wir nicht, aber für die Abschreibung sind wir sehr wohl. Dafür werden wir auch abstimmen.

Michael Ritter, Burgdorf (glp). Ich bin eigentlich noch zufrieden mit unserem Stadtpräsidenten – und wenn es nicht so wäre, würde ich es nicht am Mikrofon sagen. In diesem Sinne zur Sache: Die Glp-Fraktion schliesst sich dem Antrag des Regierungsrates an. Wir werden also dem Vorstoss zustimmen und auch der Abschreibung.

Zum Vorstoss selbst: Tatsächlich sind es nicht wahnsinnig gehaltvolle Forderungen, die hier gestellt werden. Sie abzulehnen, sendet allerdings ein völlig kurioses Zeichen, das sicher falsch ist. Das Problem ist ein bisschen, dass es auf eine Art Daueraufträge sind, die sowieso erfüllt sein sollten. Wenn dies nicht der Fall wäre, müsste man präzisere Vorstösse machen. Wenn man allgemein findet, dass Überprüfungen abgebaut oder die Gemeindeautonomie gestärkt werden sollte – eine

Meinung, der man durchaus sein kann, dann muss man eine präzise Änderung vorschlagen. Unserer Meinung nach müsste man es je nach Vorschlag individuell machen. Die beiden Fraktionen, die diesen Vorstoss hauptsächlich mittragen, haben viele Mitglieder, und sie haben Regierungsratsmitglieder. Stellen Sie präzisere Forderungen. Diese hier sind ein bisschen so wie die Forderung nach gutem Wetter. Aber wir wollen ja gutes Wetter, und in diesem Sinne bitten wir Sie, den Vorstoss zu überweisen, aber man kann ihn auch abschreiben.

Samuel Kullmann, Thun (EDU). Wir haben immer wieder einmal solche Vorstösse. Da steht dann Aussage gegen Aussage: Die Motionäre sagen, man könne in diesem Bereich noch mehr machen, es gehe noch zu wenig, und die Regierung sagt, das Anliegen sei gut, man mache aber eigentlich schon alles, und dann ist die grosse Frage, ob man abschreibt oder nicht. Basierend auf unseren Erfahrungen und auch ein wenig auf unserem Bauchgefühl werden wir es als EDU-Fraktion annehmen und eben nicht abschreiben.

Präsident. Damit gebe ich das Wort der Regierungsrätin. Frau Allemann, bitte.

Evi Allemann, Direktorin für Inneres und Justiz. Wie Sie festgestellt haben, ist der Regierungsrat mit dem Kernanliegen dieser Richtlinienmotion absolut einverstanden. Auch der Regierungsrat ist sich selbstverständlich bewusst, dass die Covid-19-Pandemie massive Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben und auf die Gesellschaft allgemein hat, aber auch auf viele Verwaltungsstellen. Wir sind alle daran interessiert – gerade in dieser Situation –, möglichst unkompliziert zu arbeiten, weil wir in gewissen Verwaltungsstellen zurzeit eine ganz andere Kumulation der Arbeit zu bewältigen haben. Damit habe ich auch gesagt, dass es dem Regierungsrat ein Anliegen ist, die Verfahren effizient durchzuführen, zu straffen und zu optimieren. Vorhin wurde auch positiv erwähnt, was im Bereich der Planerlassverfahren läuft. Ja, dort haben wir zusammen mit dem VBG ein neues Modell der Vorprüfung entwickelt. Ja, es ist noch nicht erprobt. Wir werden aber ab sofort gewisse Änderungen einführen, die die Praxis betreffen. Gewisses gilt es aber zuerst noch umzusetzen.

Dieser Vorstoss ist viel genereller. Der Regierungsrat schreibt in seiner Antwort nicht nur, dass er Verständnis für das Anliegen habe, sondern auch, dass er bereit sei, die Verwaltung auf geeignete Weise directionspezifisch für das Anliegen der vorliegenden Motion zu sensibilisieren und den Zielsetzungen gerecht zu werden, die er sich auf der Ebene der Regierungsrichtlinien gesetzt hat: Der Stärkung der bernischen Wirtschaft und der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden. Das sind nicht einfach tote Buchstaben. Es ist der aktuellen Regierung wirklich ein sehr grosses Anliegen, dass diese Zusammenarbeit gut ist, dass wir dort, wo wir in der Verwaltung ein Optimierungspotenzial haben, dieses auch realisieren und dass wir insgesamt mit einem ganzen Strauss von Massnahmen an eine hohe Lebensqualität in diesem Kanton Bern beitragen. Dazu gehört auch eine gut funktionierende Wirtschaft.

Ich glaube, nach all dem Gesagten wäre es effizient, wenn man diesen Vorstoss abschreiben würde.

Präsident. Wir schauen, ob der Rat dies will. Wir kommen zur Beschlussfassung: Wer diese Motion annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.276)

Vote (2020.RRGR.276)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 101

Nein / Non 34

Enthalten / Abstentions 1

Präsident. Sie haben diese Motion angenommen, mit 101 Ja-Stimmen gegenüber 34 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung.

Dann stellt sich die Frage der Abschreibung. Wer der Abschreibung zustimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.276; Abschreibung)
Vote (2020.RRGR.276 ; classement)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 53

Nein / Non 83

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben die Abschreibung abgelehnt, mit 83 Nein-Stimmen gegenüber 53 Ja-Stimmen.